

Sächsische Elbzeitung

Tagblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkasse Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassentonto: Dresden 33 327

Bernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbjährlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abzüge und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tagzeitung für die Landgemeinden Allendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Osttrau, Forstsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtswald, Schmalka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele
Verantwortlich: R. Kogelappert

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7zeilige 35 mm breite Petitzeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 138

Bad Schandau, Donnerstag, den 16. Juni 1927

71. Jahrgang

Deutschlands Standpunkt zur Abrüstung

Abrüstungsdebatte in Genf.

Forderungen Dr. Stresemanns.

Während die bisherigen öffentlichen Ratssitzungen auf der jetzigen Tagung der Völkervereinigung in Genf ziemlich eintönig verliefen, kamen am Mittwoch dort Fragen von großem politischen Interesse zur Sprache. Eine dieser Fragen betraf die Arbeiten des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses, über dessen bisherige Tätigkeit der französische Außenminister berichtete. Nachdem der französische Vertreter Paul-Boncour sich ziemlich zufriedenstellend über die bisherige Tätigkeit des Abrüstungsausschusses ausgesprochen hatte, ergriff Reichsaußenminister Dr. Stresemann das Wort zu folgender Erwidrerung:

„Wir alle haben mit gewissen Bedenken die Arbeit verfolgt, die der Vorbereitende Abrüstungsausschuss bisher vollbracht hat. Ohne diese bis jetzt geleistete Arbeit zu unterschätzen, müssen wir sagen, daß der Vorbereitende Ausschuss nicht instande gewesen ist, die Lösung dieses Problems sehr weit zu fördern. Ich glaube, es ist notwendig, daß eine grundlegende Änderung durchgeführt werden muß, wenn die zweite Lesung nicht mit einem Fehlschlag enden soll, der dem Ansehen des Völkerbundes abträglich wäre. Das Abrüstungsproblem ist eine der wichtigsten Aufgaben des Völkerbundes und auf seiner Lösung beruht in weitgehendem Maße die ganze Wirksamkeit des Völkerbundes. Die Lösung, die nach vor wenigen Jahren einfach ausfiel, scheint auf einen fernliegenden Zeitpunkt verlagert. Nach dem Pakt haben alle Völkerbundmitglieder die Verpflichtung, ihre Maßnahmen zu vereinfachen und eine Aufgabe durchzuführen, die sofort hätte aufgenommen werden müssen, auch wenn sie nicht in der Völkerbundverfassung festgelegt wäre, weil sowohl die Existenz wie die Tätigkeit des Völkerbundes von der allgemeinen Abrüstung abhängen. Ich möchte die Hoffnung aussprechen, daß die Erörterungen der Völkerbundversammlung im September dem Abrüstungsproblem einen neuen Anstoß geben, damit hierdurch der ehrliche Wille zur Abrüstung und zur Durchführung von Artikel 8 des Völkerbundespaktes gestärkt werde.“

Neue Sitzung des Abrüstungsausschusses.

Genf. Der Völkerbundrat gab nach Behandlung des Abrüstungsproblems seine Zustimmung dazu, daß eine neue Tagung des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses stattfinden soll. Nach Meinung Chamberlains sei der Erfolg des Vorbereitenden Ausschusses als erheblich zu bezeichnen. Die Abrüstungskonferenz könne nach nicht die restlose Lösung bringen, sondern sie bedeute nur einen ersten Schritt auf dem Wege der allgemeinen Abrüstung.

Um die Rechte des Memellandes.

Litauen sagt Abhilfe zu.

Ein anderer wichtiger Punkt der Sitzung betraf die Memelfrage. Deutschland hatte bekanntlich beim Völkerbund gegen die Unterdrückung des Memellandes durch die litauische Regierung Protest erhoben. Zu Beginn der Völkervereinigung hieß es, daß Litauen der Beratung der Memelbeschwerde vor dem Tribunal des Völkerbundes Schwierigkeiten machen würde. Diese Annahme hat sich indes nicht bestätigt. Der litauische Ministerpräsident Wolbomaras gab vielmehr eine Erklärung ab, in der er betonte, daß die litauische Regierung keinesfalls die Absicht habe, das Memelgebiet ohne Volksvertretung zu lassen. Die Wahlen für den Landtag sollen spätestens im September 1927 stattfinden. Die Autonomie des Memelgebietes soll sich nach Zusage des litauischen Ministerpräsidenten weiter auf demokratischer Grundlage entwickeln. Weiterhin sagte Wolbomaras zu, daß die politischen und sonstigen Rechte des Memelgebietes in vollem Maße gewährleistet werden sollen.

Auf diese Ausführungen hin gab der deutsche Außenminister Dr. Stresemann die Erklärung ab, daß er darauf verzichte, auf der jetzigen Ratstagung die Memelfrage weiter zu behandeln. Er hoffe aber, daß durch die in Aussicht gestellten Maßnahmen der litauischen Re-

gierung mit größter Beschleunigung im Memelgebiet denjenigen Zustand sichergestellt wird, der dem Memelstatut entspricht.

Der Ratsvorsitzende Chamberlain gab seiner Freude über die Erklärung des litauischen Ministerpräsidenten Ausdruck und sprach die Hoffnung aus, daß die Herstellung normaler Verhältnisse im Memelgebiet für alle Zukunft die Behandlung dieses Problems im Völkerbundrat erleichtert.

Staatssekretär Weismann nach Genf berufen.

Berlin. Gestern Abend hat sich Staatssekretär Weismann auf persönlichen Wunsch des Reichsaußenministers nach Genf begeben. Man nimmt an, daß Dr. Weismanns Anwesenheit in Genf wegen der Frage der Schutzpolizei notwendig ist.

Die Locarno-Politik wird fortgesetzt.

Genf, 15. Juni. Ueber die heutige Besprechung der in der Botschafterkonferenz vertretenen Mächte, die wiederum etwa 2 Stunden dauerte, wird von der deutschen Delegation folgendes Kommuniqué ausgegeben:

„In Verfolg der Arbeiten der letzten Konferenz des Monats Dezember haben die Mitglieder der Konferenz die in der Schwebe gebliebenen Fragen geprüft, festgestellt, bis zu welchem Punkte die Erfüllung einiger dieser Fragen gelangt ist und für die übrigen sich über die Mittel und Wege geeinigt, um ihre Bewerkstelligung innerhalb einer möglichst kurzen Frist sicherzustellen. Die Mitglieder der Konferenz haben hierbei neuerlich ihren einmütigen Willen festgestellt, die Locarno-Politik weiter fortzusetzen, die bisher im Interesse des Friedens wichtige Resultate ergeben hat und weiter ergeben wird.“

Wie weiter verlautet, steht zu erwarten, daß noch heute oder im Laufe des morgigen Tages eine Vereinbarung über die Kontrolle der Ölbestimmungen zustande kommen wird. In der Frage der Herabsetzung der Rheinlandtruppen bestehen nach wie vor noch unerhebliche Gegenstände. Doch erwartet man, daß auch hier in den heutigen und morgigen Verhandlungen eine gewisse Klärung der Lage eintreten dürfte. Sollte in den Sechsmächte-Verhandlungen am Mittwoch oder Donnerstag, wie gegenwärtig beabsichtigt wird, eine allgemeine Erklärung über die künftige Politik ausgearbeitet werden, so dürfte darin aller Voraussicht nach die Frage der Beschränkung der Rheinlandtruppen grundsätzlich zum Ausdruck kommen.

Pariser Rätselraten.

Um Deutschlands Haltung gegenüber Rußland.

Paris, 15. Juni. Da über die Genfer Geheimbesprechungen ziemlich undurchsichtiges Dunkel liegt, macht sich in Pariser diplomatischen Kreisen eine gewisse Nervosität bemerkbar, die besonders in der Frage der Orientierung Westeuropas gegenüber Moskau zutage tritt. Man hält zurzeit die politische Lage Englands für stark genug, um in Europa den Ton anzugeben, und man nimmt allgemein an, daß Chamberlain den Versuch machen werde, die europäischen Mächte zur Annahme des englischen Standpunktes in der Beurteilung der Moskauer Politik zu bewegen. Frankreich bemüht sich zwar nach wie vor, seine Entschlußfreiheit zu wahren. Es läßt sich aber nicht verkennen, daß nach dem Schluß der diplomatischen Beziehungen zwischen London und Moskau und angesichts des ergebnislosen Verlaufes der Schuldenverhandlungen auch in Paris die Zahl derjenigen Politiker zunimmt, die zur Nachahmung des englischen Beispiels auffordert. Die große Unbekannte ist für Paris die Haltung Deutschlands, das man als unentbehrlichen Faktor in dieser politischen Leitung bezeichnet. Man weiß allerdings den Gedanken von der Hand, als ob es sich um einen Anti-Sowjet-Block handeln könnte, gibt aber der Meinung Ausdruck, daß es auch nicht im deutschen Interesse gelegen sei, mit den Mächten der Anarchie zu partiiieren. Man nimmt deshalb in Paris an, Deutschland werde bereit sein, mit den übrigen europäischen Mächten zusammenzugehen, wenn es sich nur um rein defensive Maßnahmen handele. Als sicher nimmt man an, daß Deutschland, wenn es auch nur einigermaßen seine bisherige Haltung strengster Neutralität aufgeben sollte, Zugeständnisse von den Alliierten in der Rheinlandfrage verlangen werde.

Der 11. August soll Nationalfeiertag werden.

Ein sozialdemokratischer Antrag.

Berlin, 15. Juni. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Erklärung des 11. August zum Nationalfeiertag des deutschen Volkes vorseht.

Konferenz der Notenbank-Präsidenten in New York?

New York, 15. Juni. In New Yorker Finanzkreisen verlautet, daß der Gouverneur der Bank von England, Reichsbank-

präsident Dr. Schacht und der Vizepräsident der Bank von Frankreich zu einer Konferenz beim Präsidenten der American Federal Reserve-Bank Benjamin Strans in New York eintreffen würden, da dessen Gesundheitszustand diesem die übliche Reise nach Europa nicht erlaube.

Bereitetes Attentat auf den früheren Präsidenten von Brasilien.

Paris. Havas meldet aus Lissabon: Die Polizei hat an Bord des Schiffes „El Cantara“ zwei Spanier verhaftet, die beabsichtigten, auf den hier eingetroffenen früheren Präsidenten von Brasilien, Bernarbes, ein Attentat zu verüben.

Für eilige Leser.

* Aus Prag wird das Gerücht verbreitet, daß im August eine Zusammenkunft Dr. Seipels und Dr. Benešs in Karlsbad stattfinden werde. Von Wiener unterrichteter Stelle wird hierzu mitgeteilt, daß noch keine Entscheidung über eine solche Begegnung vorliegt.

* Bei Neuhaus an der Oste kenterte ein mit fünf Deicharbeitern besetztes Boot, die sich an ihre Arbeitsstätte begeben wollten. Zwei Mann ertranken.

* Das englische Flottengeschwader hat gestern den Östlinger Hafen verlassen, um seine Ostsee-Rundfahrt weiter fortzusetzen.

* Der diplomatische Korrespondent der „Westminster Gazette“ kündigt eine bevorstehende Aufstandsbewegung in Nordalbanien an, die Italien Anlaß zur Intervention geben werde und voraussichtlich auch Frankreich in den Konflikt einbeziehen werde. Es sei Pflicht des Völkerbundes, nachdem Albanien und Südserbien die Konfliktsmöglichkeiten zur Kenntnis des Völkerbundes gebracht hätten, die Balkanfrage endgültig zu lösen.

* Das nördliche Bessarabien wurde von einem schweren Orkan und heftigen Wolkenbrüchen heimgesucht. Mehrere Dörfer wurden völlig unter Wasser gesetzt. Zahlreiche Todesopfer sind zu beklagen.

* Wie die argentinischen Zeitungen melden, ist in Menoan in Südbrazilien eine neue Militärrevolution ausgebrochen. Bei Kämpfen zwischen Revolutionären und Regierungstruppen sollen 50 Mann getötet worden sein.

Entwicklungsstrifen in Südamerika.

Von Dr. Heinrich Greij-Santiago de Chile.

Die südamerikanischen Staaten, besonders die an der pazifischen Küste, haben in letzter Zeit politische und soziale Krisenmerkmale gezeigt, die fast alle auf dieselben Ursachen zurückzuführen sind. In dem Werke des Amerikaners Lothrop Stoddard: „Die steigende Flut der farbigen Menschheit“ werden Mittel- und Südamerika als das „Gebiet des braunen Menschen“ bezeichnet und aus dieser Tatsache heraus seiner Entwicklung bereits die Prognosen gestellt, daß diese Voraussagen aus Pankeumunde nicht sehr günstig sein können, ist selbstverständlich. Aber der Verfasser hat doch oft richtig die aus der Rassenmischung erwachsenden Hemmungen und Gefahren erkannt. Diese traten schon einmal hervor, als gleichzeitig mit dem Unabhängigkeitskampfe gegen Spanien am Anfang des 19. Jahrhunderts ohne jede moralische und politisch-technische Vorbereitung die Staatsformen und Verfassungen der französischen Revolutionszeit übernommen wurden. Dieser doktrinaire Ueberlieferung in Ländern mit einer überwiegend farbigen Halblut- und Analphabetenbevölkerung — in den verschiedenen Republiken nach Süden hin und besonders in letzter Zeit stark abnehmend — ist es denn auch zuzuschreiben, daß die südamerikanischen Republiken das ganze neunzehnte Jahrhundert hindurch als das klassische Land der Revolutionen, Bürgerkriege und Pronunciamientos gelten durften. Dann war seit einem Menschenalter auch hier überall eine wahrnehmbare Beruhigung des öffentlichen Lebens eingetreten. Die Beschleunigung des ständig breiter und stärker werdenden Verkehrs und Waren- und Kapitalverkehrs mit Europa und den Vereinigten Staaten trat hervor, so daß sich bei unverkennbarem wirtschaftlichen Aufschwung das ähüere Dasein und alle Formen der staatlichen, militärischen und Schul-Verwaltung immer mehr der übrigen zivilisierten Welt annäherten. In Wirklichkeit hat sich natürlich gar nicht so viel ändern können. Die Rassenmischungen der Bevölkerung sind im wesentlichen dieselben geblieben, geblieben ist vor allem auch die geistige Verfassung der verschiedenen Bevölkerungsschichten.

Zu einer ganz kleinen Minderheit alteingesessener Grundbesitzerfamilien trat allmählich der Kreis der im Lande bleibenden Eingewanderten, die besonders den natürlichen Reichtum an Mineralen, Wäldern, aber auch verschiedenen tropischen und subtropischen landwirtschaftlichen Erzeugnissen ausbeuteten. Dagegen lebte die große Masse des Volkes weiter in bescheidensten Verhältnissen, wanderte aber auch in diesen Ländern immer mehr vom flachen Lande und von der einfachen Landwirtschaft in die Städte und Industriewerke als Arbeiter ab. Gleichzeitig schufen Industrie und Handel neuen Reichtum und neue Bedürfnisse, und nun erwachte auch in den Politikern allmählich der Ehrgeiz, sich persönlich einen Namen zu machen, indem man dem Lande möglichst viele der neuesten europäischen Errungenschaften bescherte. So wurde denn in einer ganzen Reihe dieser südamerikanischen Republiken eine weitgehende Sozialpolitik begonnen, die z. B. in Chile durch den Namen Alessandri gekennzeichnet wird und bis heute verhängnisvoll nachwirkt. Es sollte nun mit der Demokratie, und zwar mit der Sozialdemokratie, Ernst gemacht werden. Und tatsächlich konnte der Vertreter Chiles auf verschiedenen internationalen Kongressen an Hand der neuesten Gesetzgebung seines Landes über Arbeiter- und Angestelltenversicherung, Krankenfürsorge, Hygienevorschriften usw. kühn die Behauptung aufstellen, daß es jetzt mit an der Spitze der Zivilisation stehe. In Wirklichkeit aber standen diese Verfügungen entweder nur auf dem Papier, oder sie dienten dazu, die wertvolle nationale Produktion in kaum erträglicher Weise mit Abgabe zu belasten, deren Erhebung zum großen Teil von der Willkür einer bestechlichen Beamtenkastei abhing und sehr schnell zu einer Demoralisierung der Arbeiter selbst führte, die nun nach dem Kriege auch dem europäischen Volksweltismus ihre Ohren lieh.

Zunächst zeigte sich die bolschewistische Gefahr in der argentinischen Hauptstadt mit ihren zwei Millionen Einwohnern.